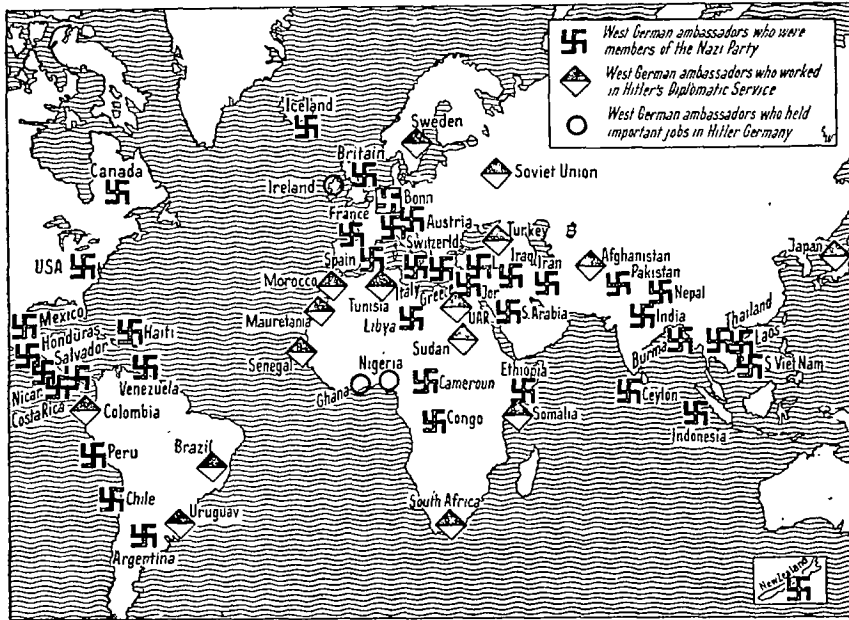


PANORAMA



Mit einer von Hakenkreuzen überzogenen Karte illustrierte die Londoner Wochenzeitung „Jewish Observer and Middle East Review“ (jüdischer Beobachter und Mittelost-Revue) eine detaillierte Liste von 58 amtierenden Botschaftern der Bundesrepublik: 39 dieser Bundesdiplomaten sollen Mitglied der NSDAP (auf der Karte: Hakenkreuz), 16 in Hitlers Auswärtigem Dienst (Quadrat) tätig gewesen sein und drei während der NS-Zeit bedeutende Posten (Kreise) bekleidet haben. Das jüdische Blatt hatte Karte und Liste aus dem englischsprachigen DDR-Informationsdienst „Democratic German Report“ bezogen. Die Aufforderung des „Jewish Observer“ an Bonn, die Ost-Angaben entweder zu erklären oder aber überzeugend zu widerlegen, blieb ohne offizielles Echo. Der Londoner Botschafter Hasso von Etdorf, aufgrund der Listenangaben – er war NSDAP-Mitglied seit 1933 mit Mitgliedsnummer 3 286 356 – in der britischen Öffentlichkeit angegriffen, erhielt bislang keine Unterstützung aus der Heimat, obwohl er mehrfach vor seiner Wiederverwendung überprüft und als Widerstandskämpfer anerkannt wurde. FDP-Chef Erich Mende äußerte in einem Interview mit dem „Jewish Observer“ sein Erstaunen über die Liste: „Davon erfahre ich heute zum erstenmal.“

DEUTSCHLAND

Abrüstung. Eine vollständige Abrüstung würde keine schwierigen Wirtschaftsprobleme für die Bundesrepublik aufwerfen, erklärt die Bundesregierung in einer Denkschrift an die Vereinten Nationen. Da der größere Teil der Rüstung aus dem Ausland eingeführt werde, so heißt es in der von einem Uno-Sachverständigenkomitee angeforderten Stellungnahme, würden interne Produktionsfaktoren von einer Abrüstung nicht berührt. Der Arbeitskräftemangel werde auch in Zukunft andauern, so daß die entlassenen Uniformträger schnell und reibungslos beschäftigt werden könnten. Aus dem Freiwerden finanzieller Mittel seien keine wirtschaftlichen Schwierigkeiten oder umfassende Strukturveränderungen zu erwarten.

Finanzrichter - Wahl. Bundesfinanzminister Dr. Heinz Starke will den Leiter der Abteilung IV (Besitz- und Verkehrssteuer) seines Hauses, den Ministerialdirektor Dr. Wolfgang Mersmann, an die Spitze des Bundesfinanzhofs in München dirigieren, ob-

wohl der Steuerexperte Mersmann niemals als Richter tätig gewesen ist. In einer internen Abstimmung befürwortete das laut Verfassung für die Richterwahl unzuständige Bonner Kabinettsmitglied Mersmanns Kandidatur, um die für Mittwoch dieser Woche vorgesehene Abstimmung im Richterwahlausschuß des Bundestags günstig zu beeinflussen. Gegen die Wahl von Verwaltungsbeamten zu Richtern hatte sich das Bundesfinanzministerium selbst bereits am 20. April 1956 in einem Schreiben an die Länderfinanzminister ausgesprochen: „Es bestand im grundsätzlichen Übereinstimmung darüber, daß die Spitzenstellungen bei den Finanzgerichten in der Regel Persönlichkeiten mit ausreichender finanzgerichtlicher Erfahrung übertragen werden.“ Das amtliche Schreiben trug die Unterschrift des Ministerialdirektors Dr. Wolfgang Mersmann.

Borgward-Export. Die Bremer Borgward-Anlagen sollen exportiert werden. Von Vertretern einer spanischen und einer mexikanischen Privatgruppe einerseits und der Bremer Landesbank sowie der Konkursverwaltung der Bremer Borgward-

Werke andererseits wurde ein Vorvertrag über den Verkauf der in Bremen-Sebaldsbrück stillliegenden Fertigungsanlagen für den Bau der „Isabella“ und des Borgward „P 100“ (Großer Borgward) unterschrieben. In „höchstens sechs Monaten“ wollen die Spanier und Mexikaner zunächst die Produktion der „Isabella“ in Bremen wiederaufnehmen. Später sollen dann der „P 100“ mit den Bremer Maschinen in Spanien und die „Isabella“ in Mexiko gebaut werden. Endziel ist die Produktion beider Wagentypen in beiden Ländern.

Konsequenzen. Sabotage bei den Kieler Howaldtwerken hat zur Diskriminierung eines Teiles der Werftbelegschaft geführt: Da von bisher unbekanntem Tätern an Bord des im Bau befindlichen Unterseebootes „U 2“ ein Kabelstrang durchsägt worden war, will die Werftleitung in Zukunft frühere Mitglieder der Kommunistischen Partei, ehemalige DDR-Bürger und Arbeitskräfte mit Verwandten in der Sowjetzone nicht mehr beim U-Boot-Bau einsetzen.

Zitate. „Es ist besser, rechtzeitig umzufallen, als auszufallen oder gar hereinzufallen.“ (FDP-Chef Erich Mende im Bayrischen Rundfunk.)

„Ich kann es mir nicht vorstellen, daß ein Mann wie Adenauer sich von der Macht löst.“ (FDP-Bundestagsvizepräsident Thomas Dehler im Deutschen Fernsehen.)

„Wir haben einen schlechten Tausch gemacht, als wir für Heinrich Krone den Heinrich von Brentano als Fraktionsvorsitzenden eingehandelt haben, denn der hat nie Zeit und ist wenig da. Jedenfalls hat Krone das besser gemacht.“ (Die CDU-Bundestagsabgeordnete und Kanzlerfreundin Helene Weber, 81.)

AUSLAND

U-2-Abschuß. Nach der Rückkehr des U-2-Piloten Powers aus russischer Gefangenschaft sind jetzt Einzelheiten über die Gründe bekanntgeworden, warum sich die amerikanische Regierung in den Tagen nach dem Luftzwischenfall vom 1. Mai 1960 über Swerdlowsk an die vorbereitete Version hielt, es handele sich um ein Wetterflugzeug. Der amerikanische Geheimdienst, der den Flug der U 2 mit Radar verfolgt hatte, nahm an, Powers sei bei dem Absturz ums Leben gekommen und die Sowjets würden nicht zugeben, daß es dem Luftspion gelungen sei, ungestört in das Herz des sowjetischen Reiches vorzudringen. Nachdem sich diese Annahme als falsch herausgestellt hatte, bestand Präsident Eisenhower darauf, die Verantwortung für den Flug